

Antrag 105/I/2022
AG Migration und Vielfalt Landesvorstand
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Für ein Berliner Landeseinbürgerungszentrum – Anforderungen jetzt konkretisieren

- 1 Um ein Berliner Landeseinbürgerungszentrum (LEZ) auf
 2 Landesebene zu einem Erfolg zu führen sind die derzeitigen
 3 Koalitionsgespräche zu konkretisieren, insbesondere
 4 in folgenden Punkten:
- 5 1. Die Bearbeitungszeit von Einbürgerungsersuchen
 6 bei Vorlage aller erforderlichen Unterlagen ist in den
 7 Verwaltungsausführungen des zukünftigen LEZ zu
 8 begrenzen. Es sollte eine Bearbeitungszeit von drei
 9 Monaten festgeschrieben werden. Ein entsprechen-
 10 der Personalschlüssel ist zu berücksichtigen.
 - 11 2. Die in den derzeitigen Verwaltungsausführungen
 12 festgeschriebene vorherige Beratung ist ersatzlos zu
 13 streichen.
 - 14 3. Für Berlinerinnen und Berliner, die sich einbürgern
 15 lassen möchten soll eine unabhängige Ombudsstel-
 16 le geschaffen werden, die Beschwerden und Anlie-
 17 gen unabhängig bearbeitet und dem zukünftigen
 18 LEZ Vorschläge zu Qualitätssteigerung vorlegt.
 - 19 4. Einbürgerungen dürfen nicht an den Kosten scheitern! Daher soll ein Fonds geschaffen werden, der es ermöglicht in Härtefällen die Kosten für Einbürgerungen zu übernehmen.

23
 24
 25 **Begründung**

26 Wir begrüßen den Beschluss des Landesvorstands der
 27 Berliner SPD vom 18.10.2021 zur Schaffung eines landes-
 28 weiten Einbürgerungszentrums (Link: Antrag A-30-2021¹).
 29 Einbürgerungen sind ein wichtiges Mittel, um die Schere
 30 zwischen Wohn- und Wahlbevölkerung nicht weiter aus-
 31 einander gehen zu lassen. Um die formulierten Ziele zu er-
 32 reichen ist es dringend notwendig, dass wir als Partei ei-
 33 nige wichtige Eckpunkte formulieren, um das künftige LEZ
 34 zum Erfolg zu führen.

35
 36 **Zu 1.:** Die Zeiten zwischen Beantragung und Entschei-
 37 dung der Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft be-
 38 trägt im Land Berlin im Moment bis zu mehreren Jah-
 39 ren. In Friedrichshain-Kreuzberg betrug die Bearbeitungs-
 40 zeit in 2019 ca. 12 Monate (siehe Anfrage Anfrage Cla-
 41 ra West 2019², sowie Anfrage Clara West 2020³). Diese
 42 langen Wartezeiten führen zu einem massiven Rückstau
 43 von Beantragungen und Frust bei den Einbürgerungs-
 44 ersuchenden. Derzeit schaffen die Bezirke Einbürgerun-
 45 gen in Höhe von 6.500 pro Jahr bei einem Potenzial von
 46 ca. 800.000 Berliner*innen, die die Einbürgerungsvoga-
 47 ben derzeit erfüllen würden. Es muss uns gelingen in ei-
 48 nem LEZ bei Vorlage aller notwendigen Unterlagen eine

Wir begrüßen, dass die Koalition die Voraussetzungen dafür schafft, Einbürgerungen zentralisiert, digital und schneller zu ermöglichen und ab 2023 deutlich mehr Menschen in Berlin einzubürgern. Damit wird ein zentrales Anliegen der Koalition umgesetzt.

Um ein Berliner Landeseinbürgerungszentrum (LEZ) auf Landesebene zu einem Erfolg zu führen sind die derzeitigen Koalitionsgespräche zu konkretisieren, insbesondere in folgenden Punkten:

1. Die Bearbeitungszeit von Einbürgerungsersuchen bei Vorlage aller erforderlichen Unterlagen ist in den Verwaltungsausführungen des zukünftigen LEZ zu begrenzen. Es sollte eine Bearbeitungszeit von drei Monaten **erreicht** werden. Ein entsprechender Personalschlüssel ist zu berücksichtigen.
2. Die in den derzeitigen Verwaltungsausführungen festgeschriebene vorherige Beratung ist ersatzlos zu streichen. **Beratungsangebote auf freiwilliger Basis werden aber weiterhin angeboten. für eine erfolgreiche Einbürgerung**
3. Für Berlinerinnen und Berliner, die sich einbürgern lassen möchten soll eine unabhängige Ombudsstelle geschaffen werden, die Beschwerden und Anliegen unabhängig bearbeitet und dem zukünftigen LEZ Vorschläge zu Qualitätssteigerung vorlegt.
4. Einbürgerungen dürfen nicht an den Kosten scheitern! **In Härtefällen soll auf die Gebühren verzichtet werden.**

49 Bearbeitungsfrist von wenigen Monaten festzuschreiben,
50 um die Einbürgerungszahlen in Berlin nachhaltig zu erhö-
51 hen.

52

53 **Zu 2.:** In den Verwaltungsausführungen der Bezirke ist bis-
54 her eine verpflichtende Beratung von Einbürgerungsersu-
55 chenden vorgesehen. Diese Beratungen werden von den
56 Bezirksverwaltungen durchgeführt und führen zu wei-
57 teren Verzögerungen bei Einbürge-rungsersuchen auf-
58 grund fehlendem qualifizierten Personal der Bezirke. Die-
59 se Zwangsbera-tungen sind aus unserer Sicht ersatzlos zu
60 streichen. Stattdessen kann bereits heute das vielfältige
61 Beratungsangebot der Communities genutzt werden.

62

63 **Zu 3.:** Eine unabhängige Ombudsstelle würde aus unserer
64 Sicht die Qualität des Service erhöhen, damit Beschwer-
65 den in ein verbessertes Verwaltungshandeln mündet.

66

67 **Zu 4.:** Derzeit betragen die Kosten für Einbürgerungen 255
68 Euro pro Einbürgerungsgesuch, pro minderjährigem Kind
69 sind weitere 51 Euro zu zahlen. Hinzu kommen eventuell
70 weitere Kosten bei Entlassung aus der vorherigen Staats-
71 bürgerschaft. Wir haben mit der Reform des Staatsbürger-
72 schaftsrechts in der ersten rot-grünen Koalition dafür ge-
73 sorgt, dass der Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft
74 nicht mehr an die Herkunft gebunden ist. Weiterhin sind
75 Hürden, wie bei Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft,
76 auf Bundesebene zu bewältigen. Wir sollten Hürden, die
77 auf Landesebene zu bewältigen sind, unmittelbar in An-
78 griff nehmen. Dazu gehören auch Kostenhürden, die wir
79 in Härtefällen in Berlin im Rahmen eines Fonds auffangen
80 werden können.

¹<https://spd.berlin/lv-beschluss/wir-brauchen-ein-landeseinbuengerungszentrum-in-berlin/>

²<https://www.clara-west.de/content/schriftliche-anfrage-aktuellen-entwicklung-wartezeit-termin-antragstellung-erwerb-deutschen>

³<https://www.clara-west.de/content/schriftliche-anfrage-aktuellen-entwicklung-wartezeit-termin-antragstellung-erwerb-deutsche-0>